

Jochen Rahe

„Kommentar“ und Ergänzung zum Vortrag Christian Holl „Zur Gegenwart und Zukunftsentwicklung von Architektur, Stadt- und Raumplanung“
am 10. Juli 2013

Gründe für Bürgerbeteiligung bei der Umweltgestaltung

Vor allem drei Komplexe haben in den vergangenen Jahrzehnten eine lebhafte Szenerie von Bürgerinitiativen, Bürgerforen und Institutionen der Partizipation als kritische, oft auch konstruktiv-anregende Stimmen hervorgebracht.

1

Die Segmentierung von Architektur/Hochbau, Städtebau, Landschaftsplanung, Verkehrsplanung, Ökologie u.a. als Arbeitsteilung in den kommunalen Ämtern und als Spezialisierung der Planungsbüros haben oft eine unkoordinierte bis chaotische räumliche Entwicklung besonders in den Außenbezirken der großen Städte bewirkt. Umweltgestaltung wurde zunehmend nicht mehr ganzheitlich gesehen. Planungsdezernenten wurden oft Juristen, und nicht Architekten oder Stadtplaner als Fachleute. Visionen und integrierte perspektivische Rahmenpläne, denen sich wichtige Einzelmaßnahmen einordnen, wurden für die zukünftige Entwicklung nicht mehr entwickelt.

2

Der rapide Flächenverbrauch in den Kommunen vor allem durch individualisiertes Wohnen, Gewerbe- und Industrieflächen und Verkehrsanlagen für den Autoverkehr haben Zusammenhalt und Dichte der Städte zerstört und z.T. regional aufgelöst. Verschmutzung von Luft, Böden und Wasser, dauerhafte Verlärmung sind die Folgen. Urbanität als Kulturleistung schwindet, die Innenstädte werden einseitig zugunsten des Tourismus gefördert. Das hat Enttäuschung in der Bevölkerung und eine harte Stadtkritik hervorgebracht.

3

Mangel und Desinteresse an Bau- und Stadtkultur auch in der Folge fehlender Bildung in ästhetischen Fragen allgemein und bei vielen Bauherren insbesondere führen – auch im Zusammenhang mit den von Baumärkten dominierten Baumaterialien – vielerorts zu einer Art ästhetischen Verelendung. Bebauungspläne haben kaum noch gestalterische Kraft. Es fehlt weithin an Abstimmung, Rücksicht, Wille zur Gemeinsamkeit bis hin zu Details wie Garagentore, Fenster, Dachdeckung, Zäune Bepflanzung von Vorgärten, die für das Straßenbild so entscheidend sind.

Folgen und Antworten

Die Reaktion darauf entwickelte sich oft ambivalent, weil sich Bürgerinitiativen nicht nur als Kritik oder als Protestform in einem ideellen Sinne entwickelten, sondern sich auch einseitig interessenbezogen verhielten (z.B. Verhinderung von Behinderteneinrichtungen oder etwa dem Bau einer Synagoge).

Gleichzeitig entstanden Bürgerforen als Orte der Diskussion und zur Qualifizierung der Umwelt aus bürgerschaftlicher Sicht. Daneben engagierten sich Quartiersbeiräte, Vereine und Verbände, Wissenschaftliche Institute (Öko-Institut, Institut Wohnen und Umwelt u.ä.), gelegentlich auch Kirchen, Gewerkschaften, Parteien.

Und es entwickelte sich auch eine rege Begleitung, Aufklärung und Unterstützung durch die Presse und andere Medien. Ebenso eine breite Palette von Publikationen.

Von Seiten der öffentlichen Hand wurde nach und nach eine Vielfalt von Einrichtungen geschaffen, die direkt oder indirekt die bürgerschaftliche Beteiligung förderten und ermöglichten, über die gesetzlich vorgeschriebenen Auslegungs- und Einspruchsfristen in der Bauleitplanung hinaus auch Gestaltungssatzungen, Rahmenpläne, Gestaltungsbeiräte, Städtebaubeiräte, Stadtteilläden z.B. im Fall von Quartierssanierungen, Städtebauförderungsgesetz mit Sozialplan und Anhörungspflichten, Informationsbroschüren, öffentlich ausgestellte Stadtmodelle, (Ideen-) Wettbewerbe, Vergabe oder Unterstützung von Preisen für vorbildliche Leistungen. Auch große und langfristige Projekte wie IBA Internationale Bauausstellung, Kulturhauptstadt, Soziale Stadt u.ä. wirkten in diese Richtung.

Die wichtigsten Defizite, wie sie in den vergangenen Jahren deutlich wurden, sind:

- ständige, allgemein verständliche, pädagogisch qualifizierte Informationen (wie z.B. Projekte einiger Architektenkammern für Schulen oder Bauherren)
- integrierte Umweltgestaltung als Thema, vielleicht sogar als Fach in den Schulen,
- flächendeckend umfassende Beratung (z.B. BauWohnberatung Karlsruhe) von der Grundstücksuche, Finanzierung bis zur Bauplanung
- Verbindliche, je nach Problemlage differenzierte Partizipationsverfahren als Verpflichtung für Gemeinden, auch im Sinne des Aufbaus von Konsens
- Begleitforschung zur besseren Nutzung von Erfahrungen und Erfassung von Wünschen und Forderungen

Bezogen auf die Bergstrasse gibt es offenbar ein weitgehendes Interesse an diesen Fragen in der Bevölkerung, wie es sich u.a. durch Aktivitäten der Stiftung für die Bergstrasse (Fotowettbewerb, Kolloquien, Vortragsreihe) gezeigt hat.

Darauf aufbauend Vorschläge für Maßnahmen

- Mehr und ständig fortgeschriebene Informationen der Gemeinden über ihre Entwicklung und Pläne, mit Nachbargemeinden abgestimmt
- Einrichtung eines interkommunalen, ehrenamtlichen Bürgerforums/Planungswerkstatt zur Diskussion der aktuellen Fragen und Beschäftigung mit zukünftigen strukturellen Entwicklungen wie Umgang mit Durchgangsstraßen, Verhältnis zu öffentlichen Verkehrsmitteln wie Deutsche Bahn und Regionalzüge, Busverkehr, Frage der Nutzung und Pflege der Bahnhöfe, Funktionen zwischen den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar, Umgang mit historischer Bausubstanz, ökologische Probleme und Rücksichten, Gestaltung von Gewerbegebieten etc.
- Einrichtung einer Heinrich und Georg Metzendorf-Plakette evtl. nach dem Vorbild des BDA Hessen (z.B.Olbrich-Plakette in Darmstadt) zur Förderung der Qualität in der Umweltgestaltung, besonders auch der Landschaftsarchitektur – und des öffentlichen Gesprächs darüber.

